

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

16. September 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 10.09.13 wurden bei durch eine Bombe sieben Zivilisten getötet und 17 verletzt. Ihr Bus war nahe der Ortschaft Larmi (Distrikt Maqur, Provinz Ghazni, Ostafghanistan) auf den Sprengsatz gefahren. Am 11.09.13 starben bei verschiedenen Vorfällen in der südlichen Provinz Helmand 18 Aufständische und vier Zivilisten.

Taliban greifen US-Konsulat in Herat an

Bei einem Angriff auf das amerikanische Konsulat in Herat am 13.09.13 wurden mehrere Menschen, darunter auch Attentäter, getötet.

Parlamentsabgeordneter fordert Hinrichtung von Konvertiten

Christliche Nachrichtenagenturen berichten, dass ein Mitglied des afghanischen Parlaments die Hinrichtung von Muslimen, die zum Christentum konvertierten, gefordert habe. Hintergrund seien afghanische Medienberichte, wonach die Zahl der Christen in Afghanistan ansteige und viele Afghanen im Ausland, insbesondere in Indien konvertierten.

95% der Selbsttötungen werden von Frauen begangen

Nach Angaben des afghanischen Gesundheitsministeriums haben im vergangenen Jahr über 2.500 Frauen Selbstmord begangen. Die Mehrheit waren Frauen zwischen 16 und 19 Jahren. Gründe für die Selbsttötungen waren Misshandlungen und Zwangsverheiratungen.

Pakistan

Haftentlassung für Taliban

Pakistans Regierung plant zur Unterstützung des Friedensprozesses in Afghanistan, Mullah Abdul Ghani Bardar auf freien Fuß zu setzen. Bardar war Stellvertreter von Mullah Mohammad Omar, dem Führer der afghanischen Taliban. Er befindet sich seit seiner Festnahme Anfang 2010 in Karatschi in Haft. Seine Entlassung könnte noch in diesem Monat erfolgen, er soll jedoch in Pakistan bleiben. Afghanistans Präsident Karzai hatte im vergangenen Monat die pakistanische Regierung gedrängt, sein Land bei Verhandlungen mit den Taliban zu unterstützen und die Freilassung aller afghanischen Taliban aus pakistanischer Haft gefordert. Bisher hatten die Taliban Verhandlungen mit der afghanischen Regierung abgelehnt, da sie Karzai für einen Handlanger der USA halten. Beobachter bezweifeln, dass die Freilassung von Kämpfern diese Haltung ändern wird.

Ranghoher Offizier getötet

Am 15.09.13 kamen bei der Explosion eines am Straßenrand versteckten Sprengsatzes im Bezirk Swat im Grenzgebiet zu Afghanistan der örtliche Militärkommandeur, Generalmajor Sanaula Khan, sowie zwei seiner Offiziere ums Leben.

Irak

Anschläge

Am 10.09.13 wurden in Yussufiya, südlich von Bagdad, vier Männer und zwei Frauen getötet, die dabei waren, vor einer sunnitischen Bestattung einen Toten zu waschen. Ebenfalls am 10.09.13 kamen bei Baquba bei der Explosion von drei Autobomben acht Menschen ums Leben.

Am 11.09.13 starben bei einem Selbstmordanschlag auf eine schiitische Moschee in Bagdad mindestens 30 Menschen, weitere 55 wurden verletzt. Weitere Anschläge mit insgesamt sieben Todesopfern gab es u.a. in der Provinz Ninive und in Basra.

Bei einem Anschlag auf eine Moschee am 13.09.13 in Baquba kamen mindestens 30 Menschen ums Leben. Sie nahmen an einem gemeinsamen Freitagsgebet von Schiiten und Sunniten teil. Laut Pressemeldung sind gemeinsame Gebete von Sunniten und Schiiten selten, werden jedoch gelegentlich von Aktivisten und Politikern organisiert, um der Gewalt zwischen den Religionsgruppen entgegenzuwirken. Ebenfalls am 13.09.13 erschossen Unbekannte in Baquba den sunnitischen Prediger Shauki al-Duleimi. In Mosul töteten mehrere Bewaffnete eine sechsköpfige Familie in deren Haus.

Bei einem Selbstmordanschlag während einer Beisetzungsfest in Baashiqah, nahe Mosul, am 14.09.13 gab es mindestens 26 Todesopfer, rund 50 weitere Menschen wurden verletzt.

Am 15.09.13 kam es in überwiegend von Schiiten bewohnten Gebieten, u.a. in Basra, Hilla und Kerbala, zu einer Serie von Bombenanschlägen, bei denen insgesamt mindestens 46 Todesopfer zu verzeichnen waren.

Syrien

USA und Russland einigen sich auf Plan für die Vernichtung von Syriens Chemiewaffen/UN-Resolution geplant

Die USA und Russland einigten sich am 14.09.13 in Genf darauf, dass das syrische Regime innerhalb einer Woche seine Arsenale öffnen und eine Liste seiner Giftgasbestände vorlegen muss. Bis Mitte 2014 sollen alle syrischen Chemiewaffen vernichtet sein. Inspektoren der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW), die in Den Haag ansässig ist, sollen spätestens Mitte November mit ihrer Kontrolltätigkeit und der Vorbereitung für den Abtransport der Waffen beginnen. Sollten die OPCW-Experten feststellen, dass sich das syrische Regime nicht an die Auflagen zur Kontrolle hält, dann solle - nach der von den USA und Russland vereinbarten Genfer Rahmenvereinbarung - „der UN-Sicherheitsrat Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta verhängen“. Das Kapitel würde militärische Maßnahmen völkerrechtlich rechtfertigen. Bei einem Treffen heute, am 16.09.13, wollen die Außenminister aus Großbritannien, Frankreich und den USA einen Entwurf einer neuen Syrien-Resolution des UN-Sicherheitsrats vorbereiten, über den dann vor Ende der Woche abgestimmt werden könnte. Die syrische Regierung befürwortet die amerikanisch-russische Vereinbarung.

Tumeh als neuer Übergangs-Regierungschef der Opposition gewählt

Nach Meldungen der Vertreter der Nationalen Koalition vom 14.09.13 einigte sich die syrische Opposition in Istanbul auf den gemäßigten Islamisten Achmed Tumeh als neuen Übergangspräsidenten. Er übernimmt die Aufgaben des im Juli zurückgetretenen Chefs der Übergangsregierung für die von den Aufständischen kontrollierten Gebiete, Ghassan Hitto, dem es aufgrund der Zerstrittenheit der Opposition nicht gelungen war, eine Alternativ-Regierung zu bilden.

Iran

Ende des Hausarrestes von Moussavi und Karroubi soll bevorstehen/Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert

Nach über zweieinhalb Jahren soll der Hausarrest der beiden iranischen Oppositionsführer Mir Hossein Moussavi und Mehdi Karroubi in Kürze aufgehoben werden. Das meldeten am 12.09.13 mehrere Oppositionsgruppen auf ihren Webseiten. Wegen des Vorwurfs der Anstiftung zu Straßenprotesten wurden Moussavi und Karroubi 2011 unter Hausarrest gestellt. Nach Angaben des Sohnes von Karroubi, Mohammed Taqhi, hat Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei die Fälle an den Nationalen Sicherheitsrat weitergeleitet. Dieser solle nun die Frage der Aufhebung des Hausarrests klären.

Präsident Rohani ernannte Ali Shamkhani zum Sekretär des Sicherheitsrats. Shamkhani war während der Präsidentschaft Mohammad Khatamis (1997-2005) Verteidigungsminister.

Türkei

Proteste

Der Tod eines 22-Jährigen bei einer Demonstration gegen die türkische Regierung in der Stadt Antakya löste am Abend des 10.09.13 in vielen Städten der Türkei Proteste aus, die zum Teil bis zum nächsten Morgen anhielten. Türkische Medien berichteten über Demonstrationen unter anderem aus Istanbul, Ankara, Izmir und Antakya. Mancherorts lieferten sich Jugendliche Straßenschlachten mit der Polizei, die teilweise mit großer Härte gegen die Demonstranten vorging. Nach Presseberichten sollen alleine in Istanbul mehr als 40 Menschen festgenommen worden sein. Die türkische Regierung wies den Vorwurf zurück, dass die Polizei für den Tod des Demonstranten verantwortlich sei und erklärte, er sei vom Dach eines Gebäudes gestürzt. Videobilder sollen beweisen, dass er ohne Zutun der Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sei. Türkische Medien hatten unter Berufung auf Augenzeugen zunächst berichtet, der 22-Jährige sei während der Demonstration von einer Tränengas-Kartusche am Kopf getroffen worden und später an seinen Verletzungen gestorben. Auch in den darauf folgenden Tagen kam es in verschiedenen Städten der Türkei noch zu Protesten und Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie mehreren Festnahmen.

PKK stoppt Abzug

Am 09.09.13 stoppt die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) den vereinbarten Rückzug ihrer Kämpfer aus der Türkei in den Nordirak. Sie warf der türkischen Regierung vor, diese setze die angekündigten Reformen zur Stärkung der Rechte der Kurden nicht um. Zugleich versicherte die PKK, den im März 2013 ausgerufenen Waffenstillstand beibehalten zu wollen. Im Gegenzug warf Ministerpräsident Erdogan der PKK vor, das Abkommen zum Rückzug aus der Türkei gebrochen zu haben, da bisher nur ein Fünftel der Rebellen das türkische Staatsgebiet tatsächlich verlassen hätten – vor allem Frauen und Kinder.

Umstrittenes Alkoholgesetz in Kraft

Am 09.09.13 trat in der Türkei ein heftig umstrittenes Alkoholgesetz in Kraft. Der Verkauf von Alkohol wird damit nach 22 Uhr sowie in einem Umkreis von 100 Metern um Moscheen und Schulen verboten. Zudem sollen alkoholische Getränke in Geschäften durch Sichtblenden verborgen werden. In Parks und auf offener Straße soll kein Alkohol mehr getrunken werden. Die türkische Regierung hat zudem die Werbung für Alkohol scharf beschränkt und Warnhinweise verfügt. Gegen das Gesetz hatte es heftige Kritik vor allem von Türken gegeben, die Erdogan eine Islamisierungstendenz vorwerfen. Das Alkoholgesetz war auch Thema der Demonstrationen nach der gewaltsamen Räumung eines Protestlagers im Gezi-Park gewesen.

Ägypten

Ausnahmestand verlängert

Am 12.09.13 verlängerte die Übergangsregierung den Ausnahmestand um zwei Monate. Zur Begründung führte die Regierung die anhaltend kritische Sicherheitslage an.

Proteste gegen Absetzung Mursis

Nach mehreren Wochen relativer Ruhe wegen des harten Durchgreifens der Sicherheitskräfte kam es am 13.09.13 erneut zu landesweiten Protesten der Muslimbruderschaft gegen die Übergangsregierung und den Sturz von Präsident Mursi. Bei Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern Mursis kam in Alexandria eine Person ums Leben, mehrere andere wurden verletzt.

Gewalt auf dem Sinai

Das Militär setzte seine Offensive gegen Islamisten fort und griff am 13.09.13 Stellungen der Rebellen nahe den Städten Scheich Suwaid und Al-Arisch an. Bei zwei Selbstmordanschlägen auf ein örtliches Hauptquartier der Sicherheitskräfte und einen Kontrollposten kamen am 14.09.13 mindestens sechs Menschen ums Leben.

Libyen

Bombenanschlag in Bengasi

Am Morgen des 11.09.13 zündeten Unbekannte eine Autobombe vor einer Niederlassung des Außenministeriums in Bengasi. Das Gebäude sowie die nebenan liegende Zentralbank wurden stark beschädigt. Nach Angaben lokaler Medien mussten zwei Wachen verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Passanten erlitten Schnittwunden durch umherfliegende Glasscherben. Vor einem Jahr starben der US-Botschafter Chris Stevens und drei seiner Mitarbeiter in den Flammen des US-Konsulats in Bengasi, als islamistische Extremisten das Gebäude angriffen und mit Raketen in Brand schossen.

Algerien

Bouteflika bildet Kabinett um

Präsident Abdelaziz Bouteflika wechselte im Vorfeld der Präsidentenwahlen im April 2014 mehrere Minister aus. Nach Informationen der staatlichen Nachrichtenagentur APS betrifft die Kabinettsumbildung vom 11.09.13 wichtige Positionen der von Abdelmalek Sellal geführten Regierung. Demnach wurde der Präsident des Verfassungsrats, Tayeb Belaiz, neuer Staats- und Innenminister. Das Amt des stellvertretenden Verteidigungsministers wird Ahmen Gaid Salah übernehmen, der seinen Posten als Generalstabschef behält. Neuer Außenminister wird der Diplomat Ramtane Lamamra, Justizminister der frühere Arbeitsminister Tayeb Louh. Erstmals wurde Präsident Bouteflika nach seinem Schlaganfall im April 2013 wieder politisch aktiv.

Russische Föderation

Sicherheitslage im Nordkaukasus

Nach Erkenntnissen der russischen Internetzeitung "Caucasian Knot" gab es im August 2013 insgesamt 76 Opfer bei den kriegesischen Auseinandersetzungen in der Nordkaukasus-Region. Dabei starben 42 Personen und 34 weitere wurden verwundet. Mit großem Abstand waren dabei wieder die meisten Opfer in Dagestan zu beklagen (31 Tote und 30 verwundete Personen). Dies belegt erneut, dass sich die Kämpfe im Nordkaukasus mittlerweile zum Großteil auf Dagestan konzentrieren. In Tschetschenien starben zwei Personen und vier wurden verletzt. Sieben Personen starben in Kabardino-Balkarien und zwei in Inguschetien. Keine Opfer gab es in im Stawropol Territorium, in Nordossetien und in Karatschai-Tscherkessien. Demgegenüber waren im Juli 2013 im Nordkaukasus insgesamt 46 Tote und 19 verwundete Personen zu verzeichnen.

Oppositionskandidat siegt bei Bürgermeisterwahlen in Jekaterinburg

Bei der Bürgermeisterwahl am 08.09.13 in der viertgrößten russischen Stadt, der Industriestadt Jekaterinburg im Ural, hat sich überraschend der Oppositionskandidat Jewgeni Roisman gegen den Kandidaten des Kremls durchgesetzt. Roisman gewann die Bürgermeisterwahl mit 33,3 % der Stimmen. Der von der Regierungspartei unterstützte Kandidat Jakow Silin erhielt nur 29,1 %. Es reichte dabei eine einfache Mehrheit bereits im 1. Wahlgang. Es ist das erste Mal, dass ein Oppositionskandidat in einer russischen Großstadt den Kreml-Kandidaten schlägt.

Kenia

Verfahren gegen Vizepräsident Ruto vor dem IStGH

Vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) begann am 10.09.13 das Verfahren gegen Vizepräsident William Ruto, das erste gegen einen amtierenden ranghohen Politiker (siehe BN vom 09.09.13). Mitangeklagter ist der Journalist Joshua Arap Sang. Ruto erklärte sich freiwillig zur Mitwirkung bereit und bleibt deshalb auf freiem Fuß. Seit dem 10.09.13 haben sich mehrere Zeugen der Anklage aus dem Verfahren zurückgezogen. Bereits im Vorfeld waren Zeugen zurückgetreten oder ums Leben gekommen. Beobachter schließen Auswirkungen auf den Fortgang des Prozesses nicht aus.

Somalia

Geberkonferenz beginnt in Brüssel

Am 16.09.13 beginnt in Brüssel auf Einladung der Europäischen Union (EU) mit Beteiligung von Delegationen aus 50 Staaten eine eintägige Konferenz über die Unterstützung des Wiederaufbaus in Somalia. Die EU hofft auf Zusagen von mehr als einer Milliarde Euro. Sie will weitere 124 Millionen Euro für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) bereitstellen. Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der EU-Kommission, äußerte sich gegenüber der Presse: „Das Somalia, das sich uns heute präsentiert, zeigt welche Fortschritte erzielt werden können, wenn sich ein Land und seine Partner entschlossen dafür einsetzen, Bürgerkriegselend und bittere Armut zu überwinden. Der AMISOM und den somalischen Streitkräften ist es mit Unterstützung der Europäischen Union gelungen, Sicherheit und politischen Handlungsspielraum zu schaffen und einen Prozess der Aussöhnung einzuleiten.“

Fatwa gegen al-Shabaab

Am 11.09.13 erließen 160 somalische Islamgelehrte eine Fatwa, in der sie die al-Shabaab als verirrte Gruppe bezeichneten, die dem Islam Schaden zufüge. Es sei jedem Muslim untersagt, sich der Miliz anzuschließen, mit ihr zu sympathisieren oder sie in irgendeiner Weise zu unterstützen. Es sei eine religiöse Pflicht, al-Shabaab-Angehörigen Zuflucht zu verweigern und sie den somalischen Sicherheitsbehörden zu übergeben.

Ausländische Dschihadisten erschossen

Am 11.09.13 soll die al-Shabaab zwei bekannte ausländische Dschihadisten, die sich von der Miliz vor zwei Monaten losgesagt und seither versteckt hatten, erschossen haben. Bei den Getöteten soll es sich um einen in den USA geborenen Kämpfer aus einer irisch/syrischen Familie (Abu Mansur al Amriki) und einen Briten mit pakistanischen Wurzeln (Osama al Britani) handeln. Ein weiterer ausländischer Dschihadist ägyptischer Herkunft soll sich ergeben haben.

Beobachter werten die Tötung der ehemaligen Kämpfer als Ausdruck eines seit geraumer Zeit bestehenden Richtungsstreits über das weitere Vorgehen der Miliz angesichts der Tatsache, dass die Islamisten militärisch gegen die AMISOM ins Hintertreffen gerät.

Zentralafrikanische Republik

Kämpfe zwischen Séléka und Bozizé-Anhängern

Bei Gefechten zwischen Kämpfern der Séléka-Allianz und Anhängern des im März 2013 gestürzten Präsidenten Francois Bozizé starben am vorvergangenen Wochenende im Gebiet um die Städte Bossangoa und Bouca fast 100 Menschen. Dies teilte am 11.09.13 ein Sprecher von Präsident Michel Djotodia im Rundfunk mit. Mehr als 30.000 Menschen flohen in den umliegenden Busch. Bozizés Unterstützer sollen einige Dörfer in der Region zurückerobert haben.

Am 13.09.13 löste Präsident Djotodia die Séléka-Allianz überraschend auf. Deren Kämpfer wurden seit Bozizés Sturz immer wieder für Plünderungen und Gewalt gegen die Bevölkerung verantwortlich gemacht.

Hintergrund

Bozizé stammt aus der umkämpften Region im Nordwesten des Landes. Dort forderten Gewaltausbrüche allein im August nach UN-Angaben mehr als 148 Todesopfer und vertrieben 4.100 Menschen in den benachbarten Tschad sowie weitere 17.000 landesintern. Die jüngsten Kämpfe gelten jedoch als die erste größere militärische Operation von Anhängern Bozizés seit dessen Sturz. Unklar bleibt, ob es sich tatsächlich ausschließlich um organisierte Anhänger Bozizés handelt. Mit dessen Sturz brach die staatliche Infrastruktur des Landes in weiten Teilen zusammen. Die überwiegend von Muslimen, darunter Kämpfer aus Nachbarstaaten, getragene Séléka-Allianz ist deshalb in großen Teilen der Bevölkerung unbeliebt. Séléka gilt Beobachtern zwar nicht als dem politischen Islam verpflichtet; mittlerweile gibt es jedoch Befürchtungen, die Spannungen im Lande könnten sich zu einem Konflikt zwischen Muslimen und der christlichen Bevölkerungsmehrheit ausweiten. Beobachter sehen hierin auch eine Bedrohung für die Nachbarländer Kamerun und Tschad.

Ein am 12.09.13 veröffentlichter UN-Bericht wirft Séléka und für den Präsident Bozizé kämpfenden Truppen schwere Menschenrechtsverletzungen vor der Machtübernahme im März vor.

Indien

Todesstrafe für indische Vergewaltiger

Im Prozess um die tödliche Vergewaltigung einer 23 Jahre alten Studentin im Dezember 2012 sind vier Angeklagte zum Tode verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Verteidiger wollen Berufung einlegen. Ein zur Tatzeit minderjähriger Täter wurde bereits Ende August zu drei Jahren Jugendarrest verurteilt, ein sechster Angeklagter war erhängt in seiner Gefängniszelle gefunden worden. Die Tat löste landesweite Proteste aus, wochenlang demonstrierten Menschen, organisierten Mahnwachen und Schweigemärsche. Daraufhin verschärfte die Regierung die Gesetze für Sexualstraftaten. Danach darf die Todesstrafe verhängt werden, wenn das Gericht zu dem Schluss kommt, dass eine lebenslange Haftstrafe mit Blick auf die Umstände und Grausamkeit der Tat nicht hart genug ist. Zudem wurden Schnellgerichte eingeführt, um Vergewaltiger schneller verurteilen zu können.

In Indien werden pro Jahr ca. 130 Todesurteilen verhängt, aber nur selten vollstreckt. So wurden erstmals nach 2004 im November 2012 bzw. im Februar 2013 zwei muslimische Terroristen hingerichtet.

China

Todesstrafe für Uiguren

Laut Berichten von Staatsmedien vom 13.09.13 verurteilte ein Gericht in der Stadt Turpan in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang am 12.09.13 drei Uiguren zum Tode und einen weiteren zu 25 Jahren Haft. Sie wurden beschuldigt für einen „Terroranschlag“ in der Stadt Lukqun am 26.06.13 (siehe BN vom 01.07.13) verantwortlich zu sein.

Guangzhou löst Arbeitslager zum Jahresende auf

Wie die Zeitung People's Daily am 09.09.13 berichtete, löst die Stadt Guangzhou (Hauptstadt der Provinz Guangdong) zum Jahresende ihre Arbeitslager auf. Die verbliebenen etwa 100 Häftlinge hätten bis dahin ihre Strafen abgeübt. Bereits seit März 2013 schicke die Stadt keine neuen Gefangenen mehr in Arbeitslager.

Hintergrund

Die Polizei kann ohne Gerichtsurteil Administrativhaft in Arbeitslagern von bis zu insgesamt vier Jahren verfügen. In jüngerer Zeit wurde verschiedentlich gemutmaßt, Chinas Führung wolle das umstrittene System der Arbeitslager („Umerziehung durch Arbeit“, chin.: laojiao) reformieren oder gar aufgeben. Entsprechende offizielle Beschlüsse wurden bislang jedoch nicht bekannt. Einige lokale Behörden scheinen jedoch in Eigenregie zu handeln. So erklärte die Provinz Yunnan für verschiedene politische Vergehen keine Haft in Arbeitslagern mehr verhängen zu wollen.

Internet-Zensur

Am 09.09.13 veröffentlichten das Oberste Volksgericht und die Generalstaatsanwaltschaft eine gemeinsame Erklärung, wann die Verbreitung von Gerüchten und die Verleumdung über das Internet als Straftatbestand zu ahnden seien. Unter anderem kann nach der am 10.09.13 in Kraft getretenen Auslegung strafrechtlicher Bestimmungen mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden, wer im Internet Gerüchte oder Verleumdungen verbreitet, die der „sozialen Ordnung und nationalen Interessen schaden“ und die von mindestens 5.000 Nutzern gelesen oder mindestens 500 Mal weiterverbreitet werden.

Chinas Behörden führen seit August 2013 eine Kampagne gegen „Online-Gerüchte“ durch, in deren Verlauf unter anderem hunderte Internet-Nutzer vorübergehend festgenommen und mehr als 100 von kritischen Laienjournalisten betriebene Nachrichten-Websites geschlossen wurden.